

Beschluss zu Studiengebühren (auf Antrag des LASS)

Breite Unterstützung der GEW beim Kampf gegen Studiengebühren

Der Gewerkschaftstag fordert die Bremer Regierungsverantwortlichen auf, die Entscheidung des Bremer Verwaltungsgerichts zum Studienkontengesetz zum Anlass zu nehmen, grundsätzlich auf Studiengebühren zu verzichten und ein deutliches bildungs- und sozialpolitisches Signal zu setzen.

Im Falle von Musterklagen oder Studiengebühren-Boykotten unterstützt und berät die GEW Bremen die Studierenden.

Einstimmig angenommen.

Begründung:

Die Bremer Studierenden müssen sich - ebenso wie ihre Kommilitonen und Kommilitoninnen in anderen Bundesländern - bereits seit einigen Jahren mit der Einführung von Studiengebühren auseinandersetzen. In Bremen wurde vor zwei Jahren das Bremer Studienkontengesetz beschlossen, das Gebühren für Studierende ab dem 14. Semester vorsieht. Das Gesetz beinhaltet darüber hinaus eine so genannte Landeskinderregelung, so dass Studierende, die außerhalb Bremens gemeldet sind, bereits ab dem 3. Semester zur Zahlung von Studiengebühren verpflichtet sind. Es ist eben diese Regelung, die in Bremen vor wenigen Wochen erneut Aufmerksamkeit auf das Thema Studiengebühren gelenkt hat. Mitte September hat das Bremer Verwaltungsgericht in der Verhandlung zur Klage von drei nicht in Bremen gemeldeten Studierenden auf Nichterhebung von Studiengebühren deutlich zu erkennen gegeben, dass es das Studienkontengesetz in Bremen mindestens in Teilen für verfassungswidrig hält und wird nun die Entscheidung des Verfassungsgerichts einholen.

Der LASS begrüßt die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ausdrücklich, weiß jedoch auch, dass das Thema Studiengebühren die Bremer Studierenden weiterhin beschäftigen wird. Zwar wäre die Änderung des Studienkontengesetzes durch eine Abschaffung der Studiengebührenerhebung von Nicht-Landeskindern ein erster und wichtiger Schritt in Richtung Gebührenfreiheit, dennoch gibt es bereits Langzeitstudiengebühren und ohne eine eindeutige Aussage der Politik gegen jede Form von Studiengebühren ist es alles andere als sicher, dass auf die Einführung von allgemeinen Studiengebühren für jeden Studierenden ab dem 1. Semester verzichtet wird. Der LASS lehnt jede Form von Studiengebühren aus sozial- und bildungspolitischen Gründen ab und fordert die grundsätzliche Gebührenfreiheit des Studiums, da Studiengebühren die Krise des Bildungssystems keineswegs lösen, sondern weiter verschärfen. Daher sollte nichts unversucht gelassen werden, um sich der Einführung allgemeiner Studiengebühren in den Weg zu stellen. An der Hochschule für bildende Künste Hamburg konnte in diesem Sommer ein breiter Protest beobachtet werden, der sich in einem Boykott der Studiengebühren niedergeschlagen hat. Die Studierenden wurden auch von der GEW Hamburg in ihren juristischen Bestrebungen unterstützt und dies fordert der LASS Bremen auch von seinem Landesverband. Dies ist auch im Interesse der durch die GEW Bremen repräsentierten studentischen Mitglieder und deshalb sollte die GEW den Studierenden in ihrem Kampf gegen Studiengebühren mit allen möglichen Mitteln zur Seite stehen.